



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/261 - 9.11.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 039890

Saarsituation aus Saarsicht	S. 1
Nachwort zum Parteitag der belgischen Sozialisten	S. 3
Wieder verschwand ein Sowjet-Diplomat	S. 5
Hitlerfilm mit kleinen Fehlern	S. 7

## Überspielt

Man schreibt uns aus Saarbrücken:

Zu den derzeitigen Vorverhandlungen, die Bundeskanzler Dr. Adenauer mit dem französischen Hochkommissar, Botschafter François-Poncet, in der Saarfrage führt, ist von Bonner Regierungskreisen erklärt worden, daß es drei unabdingbare deutsche Bedingungen für das Zustandekommen einer gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung über die "Europäisierung der Saar" gebe. Zunächst müsse festgehalten werden, daß das europäische Statut provisorisch sei und die endgültige Regelung einem Friedensvertrag vorbehalten bleibe. Dann müsse die Wirtschaftsunion der Saar mit Frankreich, wie sie in den Saarkonventionen verankert ist, schrittweise abgebaut und den übrigen Ländern der Montan-Union freier Zutritt zur Saarwirtschaft gesichert werden. Schließlich habe die Saarbevölkerung bei der Festlegung des Statuts mitzuwirken und alle politischen Parteien an der Saar seien zuzulassen.

Diesen Erklärungen war die Feststellung vorausgegangen, die Bundesregierung sei bereit, das Saargebiet zu europäisieren. Diese von der Saarpresse unter Schlagzeilen veröffentlichte Bekundung hat im Saargebiet in den Kreisen, die gegen die endgültige Abtrennung der Saar von Deutschland sind, starkes Befremden hervorgerufen. Man fragt sich, ob die Bonner Regierung angesichts

der einmütigen Haltung des deutschen Bundestages, die in seiner Entschliessung vom 2. Juli und jetzt wieder in der Debatte zur Regierungserklärung zutage trat, zu solchen weitgehenden Erklärungen legitimiert ist. Denn selbst wenn, wie es anscheinend geplant ist, ein deutsch-französisches Übereinkommen vorläufig nur als Abmachung der beiden Regierungen und ohne Einschaltung der Parlamente gefunden werden soll, müßte der Bundeskanzler sein Kabinett zu Rate ziehen.

Die FDP und auch der Gesamtdeutsche Block haben sich gegen die politische Europäisierung der Saar ausgesprochen und es steht kaum zu erwarten, daß sie ihre Haltung ändern. Dazu kommt, daß es auch in der CDU/CSU starke Strömungen gegen diese Pläne des Kanzlers geben dürfte. Wenn der Kanzler also trotzdem auf der Grundlage einer "Europäisierung" verhandelt, so ist das nicht nur eine Mißachtung der Bundestagsbeschlüsse, sondern auch ein Affront gegen seine Koalitionspartner und gegen starke Strömungen in seiner eigenen Partei. Außerdem muß gesagt werden, daß in einer so wichtigen Frage, wie der Saarfrage, es ein äußerst gefährliches Spiel ist, das Parlament ausschalten zu wollen. Die Bevölkerung an der Saar hofft, daß weder die SPD noch viele Abgeordnete der Regierungsparteien mit einem solchen Verfahren einverstanden sind.

Schließlich können die Bedingungen, die von der Bundesregierung für das Zustandekommen einer gemeinsamen Saar-Erklärung genannt wurden, einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten. An der Saar hat man mit Vorbehaltsklauseln im Hinblick auf den Friedensvertrag schlechte Erfahrungen gemacht. Sie wurden bereits beim Eintritt in den Europarat und bei der Verabschiedung des Schumanplanes eingebaut, ohne daß sich damit praktisch etwas geändert hätte. Solche Klauseln haben gegenüber der Politik der vollendeten Tatsachen, wie sie die Franzosen an der Saar seit Jahren durchführen, kein Gewicht. Hinsichtlich des Abbaues der Wirtschaftsunion mit Frankreich ist es überaus bezeichnend, daß man gerade jetzt - also noch vor den Verhandlungen Adenauers mit Bidault - die am 20. Mai in Paris abgeschlossenen sogenannten "Staatsverträge" in Paris ratifiziert hat.

Schließlich ist auch die Formel von der Mitwirkung der Saarbevölkerung bei dem Zustandekommen eines Statuts sehr vage. Denn worüber soll sie entscheiden, wenn die deutsche Regierung auf ein deutsches Gebiet Verzicht geleistet hat? Glaubt man in Bonn ernsthaft daran, daß es dann noch eine echte Fragestellung gibt und daß in einem Gebiet, in dem seit acht Jahren nur die französische Auffassung vertreten sein darf, die Bevölkerung kurzfristig zur Abgabe eines Votums über ihre künftige Zugehörigkeit aufgefordert werden könnte?

Angesichts dieser Sachlage besteht der Eindruck, daß die Politik der Bundesregierung von den Franzosen überspielt wird und daß man, um den EVG-Vertrag unter Dach und Fach zu bringen, allzu leichtfertig mit Lebensfragen der Saarbevölkerung und mit echten Anliegen der gesamten deutschen Bevölkerung spielt. Der Bundeskanzler sollte, wenn er sich nicht dem Vorwurf der Preisgabe deutscher Interessen und der Lebensinteressen der Saarbevölkerung aussetzen will, zumindest bereit sein, vor jeder Vereinbarung die Vertreter der direkt Betroffenen, nämlich die Vorsitzenden der nicht zugelassenen deutschen Parteien an der Saar, zu Rate zu ziehen.

## Die belgischen Sozialisten und die EVG

Von Willi Eichler

Am Samstag und Sonntag berieten in Brüssel die belgischen Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag über ihre Haltung zur Ratifizierung der EVG. Dem Parteitag waren gewichtige und leidenschaftliche Diskussionen in den Landesbezirken der Partei vorausgegangen, so daß die Frage nach allen Seiten hin ernst und ausgewogen durchdacht werden konnte. Das Ergebnis jener Diskussionen spiegelte auch der Parteitag wider. Offensichtlich waren sich alle Delegierten der Bedeutung ihres Entschlusses bewußt. Die üblichen Vereinfachungen unterblieben fast ganz, wenn auch Paul-Henri Spaak die Dinge nach dem amerikanischen Standpunkt hin vereinfachte und der Senator Henri Rolin, sein entschiedenster Gegenspieler in dieser Frage, sehr betont die Gefahr dieser Vereinfachung herausstrich.

Wir Deutschen sollten bei den Diskussionen über die EVG im europäischen Ausland nicht daran vorbeischießen, eine wie große Rolle bei einer Zustimmung zur EVG die Furcht gerade vor einem Mitglied der EVG spielt, nämlich vor Deutschland. Man kennt das bekannte außenpolitische Witzwort, Frankreich wünsche eine deutsche Armee, die kleiner sei als die französische und größer als die sowjetische. Es beleuchtet in der Tat das heillose Durcheinander in der Diskussion über eines unserer größten außenpolitischen Probleme. Sowohl der französische Sozialist Guy Mollet als auch ein Teil der belgischen Sozialisten, die vor gar nicht langer Zeit noch Gegner der EVG waren, und zwar zum Teil aus denselben Gründen wie die deutschen Sozialdemokraten, argumentiert seit einiger Zeit: Die deutsche Wiederaufrüstung ist heute so oder so beschlossene Sache; und innerhalb der EVG werden die Deutschen weniger gefährlich sein als außerhalb mit einer eigenen Nationalarmee. Wer an dieser Tatsache vorbeischießen wollte, beginge am eigentlichen europäischen Gedanken geradezu Verrat. Die gegenseitige Furcht ist bisher noch nicht einmal innerhalb der westeuropäischen Länder abgebaut, gar nicht zu reden von der Spannung zwischen Ost und West. Das zeigt, wie wenig man außerhalb der engeren Kreise um den deutschen Bundeskanzler herum geneigt ist, die Wahl des 6. September als ein "Bekanntnis zu Europa" zu werten. Gerade die Sturheit, mit der man auf Seiten der deutschen Bundesregierung die amerikanische Kalte-Kriegs-Strategie vertritt, hat das Mißtrauen gestärkt. Immerhin: Man ist notgedrungen bereit, die Konsequenzen zu ziehen, wenn auch mit vielen Wenns und Abers.

Der Vorstand der belgischen Sozialdemokratischen Partei hatte eine Resolution vorgelegt, die später durch eine Ergänzung des Senators Rolin erweitert wurde. Danach sollten die sozialdemokratischen Abgeordneten in der belgischen Kammer verpflichtet werden, für eine Vertagung der Ratifizierungsdebatte zu stimmen, da die Situation noch nicht hinreichend ausgereift sei. Falls dieser Vertagungsantrag im Parlament abgelehnt würde, sollte jeder Abgeordnete das Recht der freien Entscheidung haben, da sowohl das Ja als

auch das Nein prinzipiell mit sozialistischen Grundsätzen vereinbar sei. Diejenigen, die sich daraufhin entscheiden würden, mit Ja zu stimmen, sollten es an drei Bedingungen knüpfen: An eine engere Bindung Großbritanniens an die EVG; an die vorherige Sicherung einer demokratischen Kontrolle der EVG und an die Bereitschaft der belgischen Regierung, die Initiative zu ergreifen zu Verhandlungen über einen Sicherheitspakt mit der Sowjetunion. Diese Resolution wurde etwas verändert durch die darauf sich anschließende Diskussion: Es bleibt dabei, daß alle Abgeordneten zunächst für die Vertagung stimmen. Geht sie nicht durch, empfiehlt der Kongreß die Zustimmung zur EVG, ohne also die Nein-Sager disziplinarisch zu belasten, bindet aber die Ja-Sager an die hier genannten drei Bedingungen. Diese Resolution wurde angenommen mit 61 Prozent der Stimmen gegen 35 Prozent, der Rest enthielt sich der Stimme.

Damit ist die Diskussion um die EVG in Belgien natürlich nicht geschlossen. Auf dem Parteitag selbst war sie eine Demonstration nicht nur der Schwierigkeit des Themas selber, sondern auch der inneren Lebendigkeit einer Bewegung, die fern von jeder dogmatischen Voreingenommenheit beurteilt, was hier und heute notwendig ist, um den Zielen sozialistischer Politik: dem Weltfrieden, der sozialen Sicherung und der internationalen Zusammenarbeit dienen zu können. Bei aller Leidenschaftlichkeit der Betonung der verschiedenen Gesichtspunkte kam immer wieder gerade die Besinnung auf das gemeinsame Ziel höchst überzeugend und beruhigend zum Ausdruck. Ein großer Unterschied zum bloßen Feilschen um Machtpositionen und zur Sicherung überlebter Privilegien auf der anderen Seite.

Im Anschluß an die Resolution wurde eine Tagung angeregt, auf der die europäischen Sozialisten gemeinsam die europäischen Probleme und über ihre Vorschläge zur Lösung dieser Probleme Beschlüsse fassen sollen.

+ + +

#### Politische Wunschträume

Unter dieser Überschrift veröffentlichte dieser Tage die "S ü d d e u t s c h e Z e i t u n g" einen Leitartikel, dessen erste beiden Absätze wir hier wiederholen möchten:

"Es gibt im Bereich der Politik Wunschträume und Tatsachen. Politiker, die ihre Programme auf Wunschträumen aufbauen, sind zwar im Grunde meist nur Taschenspieler, die manchmal sogar in die eigene Tasche spielen, aber man hört ihren Redefluß, der eine bessere Zukunft vorweist, im allgemeinen lieber als die nüchternen Betrachtungen ihrer unpopulären Kollegen, welche sich an die gegebenen Tatsachen halten.

Zu den Wunschträumen in der deutschen Politik gehört in der Gegenwart die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nebst Eingliederung eines demokratischen Gesamtdeutschlands in die westliche Welt und ihre Verteidigungssysteme. Es ist nicht an dem, daß nicht auch die auf dem Boden der Tatsachen stehenden Politiker eine solche Entwicklung wünschen würden. Nur sprechen eben die Tatsachen gegen die Verwirklichung dieses Zieles. Denn die Sowjets werden das, was sie besitzen, nicht friedlich herausgeben. Sie haben in ihrer allerjüngsten Note an die Westmächte kein Hehl daraus gemacht, daß sie nicht einmal ein Gespräch über Deutschland für zweckvoll halten, falls die EVG und die deutsch-alliierten Verträge Wirksamkeit erlangen. Denn, so heißt es wörtlich, ein Inkrafttreten der Verträge würde die Wiederherstellung der deutschen Einheit unmöglich und die weitere Prüfung der Deutschlandfrage auf einer Konferenz überflüssig machen. Ein klarer Fall. Zwar kann uns diese Feststellung niemals dazu veranlassen, etwa auf die Sowjetzone Verzicht zu leisten. Aber die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit bleibt für abschbare Zeit ein Wunschtraum.

+ + +

Die Episode Judin

E.Z.-Berlin

Man weiß: Moskau macht selbst Vorgänge, die in der normalen demokratischen Welt einfache Protokollfragen sind, zu einem Staatsgeheimnis. Nur durch Zufall, z.B. bei einem offiziellen Empfang, entdeckt die Umwelt, daß ein Minister durch einen anderen abgelöst worden ist. Keine amtliche Verlautbarung. Towarisch X macht still und leise Towarisch Y Platz.

So geschah es anscheinend auch dieser Tage in Ostberlin. Als der neue britische Hochkommissar dem sowjetischen Kollegen Semjonow seinen Antrittsbesuch machte, wurde ihm nicht der bisherige Stellvertreter Semjonows, Judin, sondern ein Herr Mirotschnitschenko vorgestellt. Alles deutet darauf hin, daß Pawel Judin abgelöst worden ist. Ein harmloser und unbedeutender Personenwechsel? Bei Judin kaum. Überall dort, wo bisher der jetzt 54jährige Judin in Aktion getreten ist, steckt eine besondere programatische Absicht dahinter.

Die SBZ wurde keine "Volksdemokratie"

Als der ehemalige Sekretär des Kominform, der überall als Spezialist für Volksdemokratien gilt, im April dieses Jahres als politischer Berater des Vorsitzenden der Sowjetrussischen Kontrollkommission in Karlshorst auf der Bildfläche erschien, geschah dies in einem Augenblick, als Ulbricht und das Zentralkomitee der SED im Eiltempo auf die Umwandlung der Sowjetzone in eine Volksdemokratie zusteuerten, was neben der wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterschaft eine der Ursachen des Volksaufstandes am 17. Juni wurde. Es ist kein Zufall, daß Ulbricht kurze Zeit nach dem Eintreffen Judins in Ostberlin ganz offiziell verkündete, der Sowjetzonenstaat "führe erfolgreich die Funktionen der Diktatur des Proletariats aus". Zum erstenmal scheute man sich nicht, das Ziel der Herrschaft einer kleinen kommunistischen Clique, wie sie ähnlich schon in allen Satellitenstaaten bestand, offen zuzugeben.

Pawel Judin, der als Kominform-Sekretär einen wesentlichen Anteil an der Errichtung der Volksdemokratien gehabt und vor allem in

der Liquidierung der Widerstände reiche Erfahrungen gesammelt hatte, war von Moskau zum richtigen Zeitpunkt nach Ostberlin entsandt worden, um Ulbricht mit Rat und Tat behilflich zu sein. In die Zeit von Judins Amtsantritt in Karlshorst fällt auch der Versuch, auch in der Sowjetzone die sogenannte "Nationale Front" zu einem nur von Sedisten geleiteten "Block der Parteilosen" umzubilden. Die Gründung der Hof- und Hausgemeinschaften war der Anfang. Mit dem Nationalkongreß, der für den Sommer geplant war und dem "demokratische Wahlen" in den Kreisen und Bezirken vorausgehen sollten, wollte man ein Organ schaffen, wie es auch, wenn auch unter anderem Namen, in den Volkdemokratien existiert. Mit dieser Entwicklung war gleichzeitig die Liquidierung der letzten Reste der "bürgerlichen" Parteien verbunden. Daß es nicht dazu kam, lag am Aufstand der unterdrückten Arbeiterschaft vom 17. Juni.

#### Ungewisse Perspektiven

Pawel Judins Auftrag wäre damit eigentlich hinfällig geworden. Aber er hat noch Ulbricht bei der großen Reinigungsaktion im obersten Führungskader der SED, bei der Liquidierung der Herrstadt, Zaissers usw. assistiert. Nachdem jetzt diese Tschistka in den höchsten Führungsorganen abgeschlossen ist und der Reinigungsbesen Ulbrichts nur noch auf der mittleren und untersten Ebene reinen Fisch zu machen hat, ist Judins Tätigkeit beendet, wenn er auch seine ursprüngliche Aufgabe nicht erfüllen konnte. Die als Folge des Volksaufstandes aufgetretene Zersetzung der SED, über die auch der neu entfachte Terror nicht hinwegtäuschen kann, hat Ulbricht gezwungen, den alten Plan der "Volksdemokratisierung" vorläufig ad acta zu legen und an seiner Stelle mit dem "neuen Kurs" erst einmal wieder Köder auszulegen.

Die Rolle Judins ist soweit klar. Seine Rückkehr nach Moskau ist ein Eingeständnis für die Schwäche des SED-Regimes gegenüber dem Widerstand des Volkes. Da Judin aber als Stellvertreter Semjonows aufgrund seines berüchtigten scharfen Kurses auch gleichzeitig als Aufpasser der KPdSU über den Hochkommissar eingesetzt war, dessen Politik des Samthandschuhs Ulbricht schon oft Ärger und Sorge bereitet hat, könnte seine Ablösung auch noch eine andere Perspektive ermöglichen. Wer will entscheiden, ob es mehr als ein Zufall ist, daß Judins Abgang mit dem Urlaub Ulbrichts in der Sowjetunion zusammenfällt?

Hitler-Film in zwei FassungenVersuch einer Dokumentar-Darstellung

-tt- Das Bundesinnenministerium ließ am letzten Sonnabend vor geladenem Publikum (die Presse sollte zunächst ausgeschlossen werden, was allerdings nicht gelang) in einem Bonner Kino den von der neugegründeten Münchener Tempo-Film hergestellten Dokumentarfilm "Bis 5 Minuten nach 12" in zwei Fassungen vorführen. Der Film ist aus Kriegswochenschauen Deutschlands, Englands, Frankreichs, Amerikas, Japans und der Sowjetunion sowie aus Privataufnahmen zusammengestellt worden. Das Drehbuch verfaßte Gerhard Grindel, der während des "Dritten Reiches" im KZ saß und nach dem Kriege Leitartikler der westberliner Wochenzeitung "Sie" gewesen ist.

Fallengelassene Rahmenhandlung

Die zunächst vorgeführte Fassung war von der Film-Selbstkontrolle abgelehnt worden. In diesem Streifen war der dokumentarische Kern von einer Rahmenhandlung (weibliche Sprecherin: Carola Höhn) umgeben, die das vom Roten Kreuz herbeigeführte <sup>Sich</sup>/Wiederfinden eines durch den Krieg auseinandergerissenen Ehepaars enthielt und über die Zeit von vor 1914 bis heute in einer Art Erinnerung der "verlorenen Generation" (Geburtsjahrgänge 1910 usw.) erzählte. Diese erste Fassung enthielt die Gefahr, daß trotz der unerhörten Eindringlichkeit der Dokumentaraufnahmen (vor allem Ostkrieg, Zerstörungen und KZ !) gerade durch die Rahmenhandlung für den Zuschauer eine, wenn auch unbeabsichtigte Bagatellisierung der gemeinsamen Verantwortung erfolgt wäre.

Die zweite, am Freitag von der Selbstkontrolle gebilligte Fassung (in der der Film der Öffentlichkeit übergeben wird) hat diese Rahmenhandlung völlig fallen lassen und ist ein reiner Dokumentarfilm geworden. Es sind auch sonst gegenüber der ersten Fassung wesentliche Änderungen vorgenommen worden, so eine nicht zu übersehende Verschärfung in der Haltung gegenüber dem Bolschewismus, als einem dem Nationalsozialismus verwandten Diktatorsystem, (Neueinschaltung einer langen Szene, die das Treffen deutscher und sowjetischer Militärs nach der Beendigung des Polenkrieges zum Zwecke der Teilung Polens zeigt), und nachdrückliche Betonung der jetzigen Rüstungsmaßnahmen der Sowjetunion). Stärker herausgehoben sind in der zweiten Fassung die KZ-Verbrechen und die antijüdischen Gewalttaten des NS-Regimes. Zurückgedrängt gegenüber der ersten Fassung sind die eingeblendeten

Ausschnitte aus den Privataufnahmen vom Obersalzberg. (Eva Braun !), die mit Genehmigung Hitlers von einer befreundeten Familie gedreht worden waren. Die Absicht, mit diesen Privataufnahmen die erschreckende Spießigkeit des Kleinbürgers Hitler (im Gegensatz zu dem von ihm bewußt gezüchteten Mythos vom "Übermenschen ohne Privatleben") zu zeigen, ist aber auch in der zweiten Fassung trotz einer erkennbaren Verschärfung der begleitenden Worte nicht recht gelungen, vor allem wohl auch wegen der Dürftigkeit des Materials.

#### Mängel, die blieben

Das größte Manko der ersten Fassung war, daß der Versuch, die Verantwortung jedes einzelnen darzustellen und zu betonen und ihn dazu für die Zukunft aufzurufen, nur ein Versuch geblieben ist und in den abschließenden Wiederaufbauszenen praktisch versackte. (In der Rahmenhandlung war außerdem versucht worden, eine gewisse psychologische Erklärung für das "Mitmachen" des Durchschnittsdeutschen zu geben). Die zweite Fassung hat in dieser Beziehung keine merkliche Besserung gebracht, auch sie läßt diese Mahnung zum Erkenne-dich-selbst und zum Nichtvergessen-dürfen, damit eine Wiederholung an dem Widerstand jedes einzelnen scheitert, in den Schlußbildern vom "deutschen Wunder" (leider fällt dieser Wahlpropaganda-Slogan wörtlich !) allzusehr ver-wischen. Hier hätte der Film eine große Aufgabe gehabt.

Thematisch und technisch wären u.a. folgende Mängel aufzuzeigen: Es ist nicht gelungen, die Hybris der Ausdehnung des Angriffskrieges gegen die ganze Welt eindringlich genug darzustellen; der Schrecken des Bombenkrieges für die deutsche Zivilbevölkerung kommt zu wenig zum Ausdruck; Bilder von der Hungerszeit der letzten Kriegsjahre sind überhaupt vergessen worden; die Notjahre nach 1945 (als direkte Folge des Hitlerkrieges) werden zu summarisch behandelt; in der "galerie-artig" gezeigten Reihe einiger Hauptverantwortlicher wird der Stellvertreter Heydrichs und Neuraths als Reichsprotektoren von Böhmen-Mähren, der Sudetendeutsche Frank, irrtümlicherweise als Generalgouverneur von Polen bezeichnet (er hieß ebenfalls Frank); es wird übersehen, daß Namen wie Keitel oder Jodel oder andere, ohne Funktionsangabe, vor allem für die junge Generation, aber auch für viele Ältere durchaus keine Begriffe sein müssen, mit denen man konkrete Vorstellungen verbindet.

---

Verantwortlich: Peter Raunau